

# Pulsnitzer Wochenblatt

Herausgeber 18. Tel.-Nr.: Wochenblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

und Zeitung

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

**Ersteinst: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.**  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit od. sonstig irgend welcher Störung d. Vertrieb der Zeitung oder der Beförderungsanstaltungen hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Wöchentl. — 55 Gold-Mark bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentl. — 50 Gold-Mark; durch die Post monatlich M 2.50 freibleibend.



Anzeigen-Grundzahlen in Goldmark: Die sechsmal gespaltene Beizeile (Masse's Zeilenmesser 14) M — 20, im Bezirke der Amtshauptmannschaft M — 15, Amtliche Zeile M — 60 und M — 45; Reklame M — 50 Tabellarischer Satz 50 Prozent Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigen gebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbeitrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. — Briefkurs vom Zahlung. Mindestkurs: Tag der Rechnung. — Familien-Anzeigen nach ermäßigtem Tarif

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach.

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Bollung, Großhörn, Bietzig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf.  
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 265. Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Otto Dorn in Pulsnitz.

Nummer 102

Dienstag, den 26. August 1924

76. Jahrgang

Amtlicher Teil.

## Wegesperrung.

Infolge Neuaufschüttung des Oberlichtenau-Weißbacher Kommunikationsweges wird dieser von Donnerstag, den 28. August 1924 bis zur Fertigstellung für den Verkehr gesperrt.

Der Verkehr wird über Pulsnitz geleitet.  
Oberlichtenau, am 28. August 1924.

Der Gemeinderat.

## Inserate für alle Zeitungen

vermittelt vollständig kostenlos

Verlag des „Pulsnitzer Wochenblattes“.

## Das Wichtigste.

Im Reichstage gaben am Sonnabend Reichskanzler Marx, Reichsfinanzminister Luther und Reichsminister des Äußern Stresemann Erklärungen über die Ergebnisse der Londoner Konferenz ab.

Der wirtschaftspolitische und der finanzpolitische Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates haben sich am Sonnabend entschlossen, die Annahme der Dawes-Gesetze zu empfehlen.

Großadmiral v. Tirpitz, Reichstagspräsident Wallraf und Abgeordnete Bagale sollen in der letzten Fraktions Sitzung der Deutschen Nationalen für die Annahme der Londoner Beschlüsse eingetreten sein.

In Budapest haben deutsche Konsulatsbeamte bei der Gegenüberstellung mit dem angeblichen Heinrich Förster festgestellt, daß er mit dem Kaufmann Heinrich Schulz, dem Mörder Erzbergers, identisch ist.

Im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages, der vom Sonntag morgen 10 Uhr bis abends 8 Uhr ohne Unterbrechung tagte, wurden die Gesetzentwürfe über die Industriebelastung und über die Aufbringung derselben mit einigen Abänderungen angenommen, sowie auch der vom Reichsrat gestrichene Absatz des § 2 des Aufbringungsgesetzes.

In der Montag-Sitzung des Reichstages gab der Abgeordnete Hergt eine Erklärung ab, in der er sich gegen die Londoner Verständigung wandte. Er schloß mit den Worten: „Den Deutschen Nationalen bleibt kein anderer Weg als die Ablehnung aller Gutsachtengesetze.“

Die Kommunisten haben im Reichstag den Entwurf eines Sozialisierungsgesetzes eingebracht. In der Vorlage wird u. a. die Enteignung des Grund und Bodens des Hausbesitzes, der Banken und Kreditunternehmungen verlangt.

Beim Reichsminister des Auswärtigen ist folgendes Telegramm eingegangen: „Hundert wegen deutsch-nationaler Propaganda im französischen Gefängnis Dortmund nach Freiheit schwachende Gefangene bitten unter allen Umständen um Annahme des Londoner Abkommens.“

Als Nachfolger des verstorbenen sozialdemokratischen Abgeordneten Hugo Sachs wird der Schäftemacher Köhler in Wolkenstein in den Landtag eintreten.

Durch Verfügung des Oberkommandierenden in dem besetzten Gebiet ist die Zeitschrift „Rundschau, Monatschrift für Jugendführer und Jungmännertumskommissionen“ bis zum 25. September verboten worden.

Der Berliner belgische Botschafter Graf de la Taille wird nach einer Agenturmeldung aus Brüssel als Botschafter nach Rom gehen. Der bisherige belgische Botschafter in Rom Graf van de Steen wird in den Ruhestand versetzt.

Die französische Kammer hat zum Schluß der Nacht-Sitzung am Sonnabend die Interpellationen über das Londoner Abkommen erledigt und der Regierung mit 336 gegen 204 Stimmen ihr Vertrauen ausgesprochen.

Neuter erzählt, daß die persischen Minister ihr Amt niedergelegt haben.

## Das Londoner Abkommen vor dem Reichstage Die Parteien zur Regierungserklärung

### Deutscher Reichstag.

22. Sitzung am 23. August.

Haus und Tribünen sind gut besetzt.

Am Regierungstische: Reichskanzler Marx, Reichsaußenminister Dr. Stresemann, Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Reichsernährungsminister Graf Rantz, Reichswirtschaftsminister Hamm.

Der kommunistische Abgeordnete Dr. Schwarz befindet sich nicht im Saale.

Präsident Wallraf eröffnet die Sitzung um 10 20 Uhr mit der Erklärung, der Abg. Dr. Schwarz, den er auf Grund des Art. 28 der Reichsverfassung kraft des ihm zustehenden Hausrechtes ausgeschlossen habe, habe einen schriftlichen Einspruch eingebracht. Der Präsident verliest den bereits bekannten Wortlaut des Einspruchs. Er fügt hinzu, der Einspruch stehe zwar nicht auf der Tagesordnung, er bitte aber um das Einverständnis des Hauses, ihn noch auf die Tagesordnung zu setzen und zwar an die zweite Stelle. (Unruhe bei den Kommunisten.)

### Die Regierung über die Londoner Abmachungen

Reichskanzler Marx erhält darauf das Wort zur Erklärung der Regierung. Sofort setzen wieder die Rufe der Kommunisten ein: „Amnestie, Herr Reichskanzler! Justizhauskanzler! Der Reichskanzler beginnt trotzdem seine Rede, worauf die Rufe der Kommunisten sofort verstummen. Reichskanzler Marx begann seine Erklärung mit der Bemerkung, er rühme sich nicht, einen Erfolg in London erlangen zu haben. Die Regierung sei sich bewußt, daß die Arbeit, die in London zu vollbringen war, keine Erfolge bringen konnte. Das Sachverständigen-gutachten sei ebensowenig erfreulich wie der Versailler Vertrag, und die Regierung hat nur darüber bestimmt, Mitteilungen zu erstatten und die Delegation hat wohl auch in keinem Falle eine Verschlechterung gegenüber dem jetzigen Zustand erreicht. Die deutsche Delegation hat entschieden und offen die deutschen Bedenken und ihre Beschlüsse vorgebracht. Es war das erste Mal seit Beendigung des Krieges, daß die Alliierten mit uns als Gleichberechtigte verhandelt haben. Es ist ein großer Teil unserer Gegenanträge als berechtigt anerkannt worden. Keinesfalls hat es sich um ein Ultimatum oder um ein Diktat gehandelt. Die Sorge der Delegation hat vor allem dem Ziel gegolten, deutsches Land von fremder Besatzung zu befreien. Wenn diese Bemühungen nicht die erstrebten Ergebnisse gezeitigt haben, so sei das in erster Linie dem Umstand zuzuschreiben, daß den Parteien in London nach vieler Richtung hin die Hände gebunden waren, namentlich durch das Problem der interalliierten Schulden. Auf der Londoner Konferenz waren seit Kriegsende zum zweiten Male wieder Verständigungsmöglichkeiten und ernsthafter Wille zur friedlichen Regelung der traurigen Kriegshinterlassenschaft vorhanden. Die deutsche Delegation war nach Ausschöpfung aller zur Verfü-

gung stehenden Mittel einmütig der Ueberzeugung, daß die Ablehnung der französisch-belgischen Zugeständnisse in der Ruhrfrage auf absehbare Zeit nicht eine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung der Verhältnisse im besetzten Gebiet verursacht haben würde, und daß zugleich auch die durch das Gutachten und die Londoner Konferenz erzielte erträgliche Lösung der Reparationsfrage in unabsehbare Ferne gerückt wäre. Die Verantwortung dafür haben wir nicht übernehmen können. Da ich die Abkommen Ihnen zur Annahme empfehle, möchte ich anschließend einen Gedanken aussprechen, der bei Ihrer Entscheidung eine gebührende Berücksichtigung finden möge. Es ist dies der Gedanke an die ernste Alternative, vor der wir stehen. Welche Folgen haben wir für unser Volk und unsere heimatische Wirtschaft zu erwarten, wenn wir die in London erzielte Regelung nicht zur Wirklichkeit werden lassen, sondern der gegenwärtige Zustand auf unbestimmte Dauer fortbesteht? Die Umstellung der amerikanischen Politik, die sich auf das Dawesgutachten hin wieder zur Mitarbeit an dem europäischen Problem entschlossen hat, droht zu scheitern, wenn das Gutachten von einem der Hauptbeteiligten von Europa abgelehnt wird. Auf diese Gefahr hinzuweisen und an alle Parteien erneut die Mahnung zu richten, sich der Verantwortlichkeit der zu treffenden Entscheidung bewußt zu sein, halte ich für meine höchste vaterländische Pflicht. Das ganze deutsche Volk, die ganze Welt richtet den Blick auf das besetzte Gebiet, dem unser aller heißesten Wünsche gelten. Es hat uns seinen Willen kundgetan, seine Hoffnungen sind erwacht, es darf nicht betrogen werden.

Die Rede des Reichskanzlers wird wiederholt durch Gelächter und höhnsche Zurufe der Kommunisten und auch einiger Deutschen Nationalen unterbrochen, namentlich an den Stellen, wo von Deutschlands nationaler Würde und von Deutschlands Souveränität die Rede ist. Auch die Rufe: „Justizhauskanzler!“ wiederholen sich. Der Schluß der Rede ruft bei der Mehrheit lebhaften Beifall hervor, der von den Kommunisten mit Pfui-Rufen beantwortet wird. Die Deutschen Nationalen enthalten sich jeglicher Kundgebung. Als nunmehr

Reichsfinanzminister Dr. Luther die Rednertribüne betritt, rufen ihm die Kommunisten zu: „Oberschieber!“ Da er sich nicht vernehmlich machen kann, ruft der Finanzminister den Kommunisten erregt zu: „Ihnen scheint die Wahrheit außerordentlich unangenehm zu sein!“ Die Zwischenrufe der Kommunisten werden darauf nur noch lauter.

Präsident Wallraf verwarnt die Rufe und erklärt: Das Land hat ein Recht und ebenso der Reichstag, die Ausführungen der Regierung zu hören. Der Abg. Eppstein (Rom.) erhält für einen beleidigenden Zuruf einen Ordnungsruf.

Endlich kann der Minister beginnen. Er kündigte an, daß er darlegen möchte, welche Folgen eine Ableh-

